

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 7 / 2015

25. Juni 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand die Stadtverordnetenversammlung (SVV) statt. Wir möchten als SPD-Fraktion auch weiterhin die Gelegenheit nutzen, um auf die SVV und die Kommunalpolitik der letzten Tage und Wochen zurückzublicken. Dazu nutzen wir seit nunmehr fast 5 Jahren regelmäßig den Newsletter der SPD-Fraktion.

Doch dieser Newsletter ist mehr als nur bloße Information. Er soll an Sie als Leser auch eine Einladung sein sich einzubringen, mitzudiskutieren und die Kommunalpolitik in Brandenburg an der Havel kritisch und interessiert zu begleiten.

Es würde mich freuen, wenn Sie an unserem Newsletter Gefallen finden.

Für Fragen, Kritik und Anregungen stehen wir Ihnen gerne unter fraktion@spd-stadt-brandenburg.de zur Verfügung.

Ihre/ Eure

Britta Kornmesser



Britta Kornmesser

Stellungnahme der Stadt Brandenburg zum Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019



Der Versuch der Landesregierung, auf die demografische Entwicklung unserer Region durch den Entzug der Kreisfreiheit von Städten zu reagieren ist nicht zielführend. Aber genau das ist im vorliegenden Entwurf des Leitbildes der Landesregierung für die Verwaltungsstrukturreform 2019 vorgesehen. Auch unsere Stadt Brandenburg an der Havel ist von diesen Plänen unmittelbar betroffen und soll in diesem Zusammenhang ihren Status als kreisfreie Stadt verlieren.

Unser Land Brandenburg braucht unserer Überzeugung nach auch zukünftig erfolgreiche Städte, die ihre Aufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen und ihre innerstädtische Entwicklung selbst bestimmen können, denn die Städte haben als historische, wirtschaftliche, kulturelle und verwaltungsmäßige Zentren eine hervorgehobene Funktion, auch für die sie umgebenden Regionen. Zudem bieten die den Menschen eine bürgernahe Verwaltung, die Entscheidungen direkt am Ort des Geschehens trifft und nicht aus der

Ferne. Der Wegfall der Kreisfreiheit würde das Recht unserer Stadtbevölkerung eigene Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln wesentlich einschränken. Deshalb gilt es nicht die Kreisfreiheit unserer Stadt abzuschaffen, sondern diese als Oberzentrum zu schützen und zu stärken.

Aus diesem Grund wurde im Dezember von allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt gemeinsam beschlossen, dass ein zeitweiliger Ausschuss eingesetzt wird, der sich intensiv mit diesem Thema befasst und in dem Vertreter aller Fraktionen mitarbeiten. Ziel dieses Ausschusses ist es, dass parteiübergreifend die Kräfte in unserer Stadt gebündelt werden und wir uns gemeinsam sach- und fachkundig den Argumenten der Landesregierung stellen werden. Für die SPD-Fraktion arbeiten im diesem Ausschuss Dirk Stieger und Britta Kornmesser mit.

Durch die Stadtverwaltung und die Mitglieder des Ausschusses wurde eine fundierte Stellungnahme zum vorliegenden Leitbildentwurf der Landesregierung erarbeitet, die nachdrücklich darstellt, dass es bei der Umsetzung des vorliegenden Leitbildes unser Land Brandenburg sein vorhandenes Potential verspielt und es am Ende mehr Verlierer als Gewinner geben wird – unter anderem unsere Stadt Brandenburg an der Havel. Die Stellungnahme wurde von allen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung einstimmig mitgetragen und der Landesregierung nun zugeleitet.

Am 31.08.2015 wird der Innenminister des Landes Brandenburg, Karl-Heinz Schröter, in unserer Stadt seine Strukturreformpläne vorstellen. Hier gilt es den Verantwortlichen zu zeigen, dass wir als Brandenburger für den Erhalt unserer Kreisfreiheit stehen und dies auch deutlich zeigen und zum Ausdruck bringen. Die Stadt und die Fraktionen der SVV werden hierzu eine öffentliche Veranstaltung für alle Bürger organisieren. Bitte merken Sie sich daher diesen Termin schon einmal vor.

Udo Geiseler

Unsere Schulen für die Zukunft stärken



In den nächsten Jahren steigen die Schülerzahlen an den Brandenburger Grundschulen. Über diese Entwicklung sind wir alle sehr erfreut. Dies bedeutet aber auch, dass unsere Schulen fit gemacht werden müssen, um alle Erstklässler aufnehmen zu können. Dazu dient die Schulentwicklungsplanung, die alle fünf Jahre fortgeschrieben bzw. ergänzt werden muss.

Gestern stand der neue Schulentwicklungsplan bis ins Jahr 2020 auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Darin wurden Möglichkeiten aufgezeigt, wie der zusätzliche Bedarf an Unterrichtsräumen vor allem in der Innenstadt zu lösen ist. Wir begrüßen die Initiative der Verwaltung, eine neue Grundschule einzurichten. Gleichwohl scheinen damit aber noch nicht alle Kapazitätsprobleme in der Innenstadt gelöst zu sein. Noch schwieriger wird es bei den weiterführenden Schulen. Bereits jetzt beträgt die Auslastung der Gymnasien 95 Prozent, bei den Oberschulen haben wir „noch eine kleine Reserve“, so der Schulentwicklungsplan.

Und was kommt nach 2020, wenn die Geburten stärkeren Jahrgänge in die weiterführenden Schulen kommen? Die Vorschläge, die die Verwaltung macht, sind nicht sehr nachhaltig: Nutzung externer Räume in anderen Gebäuden, Schichtunterricht, Anmietung weiterer Kapazitäten...

Aus SPD-Sicht sind das keine dauerhaften Lösungsvorschläge. Und wir stellen uns die Frage, wann Politik und Verwaltung mit der Lösung des Problems beginnen wollen?

Aus diesem Grund brachten wir einen Ergänzungsantrag ein, in dem wir erstens fordern, dass die Verwaltung binnen eines Jahres eine belastbare und fundierte Konzeption vorlegt, wie der absehbare Rummangel an Grund- und Oberschulen sowie Gymnasien zu nachhaltig beheben sei. Zudem fordern

wir, dass geprüft wird, ob in Zentrumsnähe nicht ein Schulzentrum errichtet werden kann, das alle drei Schulformen in sich aufnimmt und in dem unterschiedliche Abschlüsse von der Berufsbildungsreife bis zum Abitur angeboten werden. Ein Schulzentrum könnte auf wechselnde Nachfragen flexibler reagieren und würde gleichzeitig die Grundschulsituation im Innenbereich entlasten. Zudem könnte die Stadt Brandenburg an der Havel weiterhin Schülerinnen und Schüler aus dem Umland aufnehmen und so auch als Bildungsstadt ihre Funktion als Oberzentrum erfüllen. Der Koalitionsvertrag der Landesregierung lässt die Einrichtung solcher Schulzentren zu.

Über unseren Antrag und auch über einen Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke wurde gestern nicht abgestimmt, weil CDU und Die Linke weiteren Diskussionsbedarf sahen. Damit verlieren wir zwar Zeit, aber um die Suche nach den besten Lösungen zu unterstützen, hat die SPD dem Rückverweis der Anträge in die SVV-Ausschüsse zugestimmt.

Norbert Langerwisch

Höhere Eintrittspreise im Schwimm- und Erlebniszentrum am Marienbergbad



Rückläufige Besucherzahlen in unserem Bad am Marienberg, damit verbunden weniger Einnahmen; nur die Kosten werden nicht weniger.

Wir haben am Marienberg ein sehr schönes, familienfreundliches großes Bad, welches leider seit Jahren rückläufige Besucherzahlen verzeichnet. Waren es 2001 noch 373.815 Badegäste, kamen 2014 nur noch 305.018 Besucher in diese schöne Anlage.

Seit Jahren erhält unser Bad, um die laufende Bewirtschaftung des Schwimmbades sicherzustellen, jährlich einen hohen Betriebskostenzuschuss aus dem Haushalt der Stadt.

Es ist daher nachvollziehbar, dass auch über veränderte Eintrittspreise nachgedacht werden muss. Auch im Vergleich mit Bädern in anderen Kommunen sind unsere Eintrittspreise immer noch vertretbar.

Trotzdem haben wir als SPD-Stadtverordnete von Anfang an darauf hin gewiesen, dass insbesondere eine Erhöhung der Preise für Kinder für uns inakzeptabel ist.

Um einen entsprechenden Ausgleich zu schaffen, damit die finanzielle Handlungsfähigkeit des Marienbergbades bewahrt bleibt, haben wir vorgeschlagen, das bisher für Schwimmbadbesucher kostenlose Parken im Parkhaus des Bades abzuschaffen und mit 1,50 € für einen ganzen Tag Parken auch einen moderaten Preis vorgeschlagen.

Unseren Vorschlag, die geplante Erhöhung der Saunapreise um 1 € abzusenken ist eine Mehrheit von CDU und Die Linke nicht gefolgt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist eine Preiserhöhung für die Sauna um über 30 % deutlich zu hoch und auch nicht mit dem Argument gedeckt, dass die Mehrwertsteuer für Saunabereiche von 7% auf 19% angehoben worden ist.

Mit großer Mehrheit wurde aber der Vorschlag der SPD akzeptiert, bis November 2015 ein Konzept zur Erhöhung der Attraktivität des Schwimm- und Erlebnisbades vorzulegen.



Nach dem tödlichen Badeunfall im August des letzten Jahres haben wir als SPD-Fraktion den Antrag gestellt, die Verwaltung mit der Erstellung eines Maßnahmenkonzeptes zur Erhöhung der Badesicherheit an öffentlichen Badestränden zu beauftragen. Dieses Konzept sollte in Zusammenarbeit mit der DLRG, der Wasserwacht, den Schulen, den Wassersportvereinen sowie der Wasserschutzpolizei der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2014 – und somit rechtzeitig vor Beginn der nächsten Badesaison - vorgelegt werden. Dieser Auftrag an die Verwaltung wurde einstimmig in der SVV am 27.08.2014 beschlossen.

Nach mehreren schriftlichen Anfragen an die Verwaltung erhielten die Stadtverordneten erst Anfang Juni 2015 – mit Beginn der Badesaison – ein 25seitiges Papier. Die Verwaltung deutete zunächst die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung um und machte aus dem in Auftrag gegebenen Maßnahmenpaket eine Analyse des Ist-Bestandes und erklärte darin ausführlich die Lage und die Geschichte der Freibadestellen. Die Vorschläge des SV 2000, der DLRG, der DRK und der Wasserwacht wurden zwar dargestellt, eine weitere inhaltliche Auseinandersetzung erfolgte jedoch augenscheinlich nicht.

Im Ergebnis erhielten wir nun 10 Monate später statt einem Maßnahmenpaket ein Maßnahmepäckchen:

Danach wird die Verwaltung:

1. Jede öffentliche Badestelle durch ein Rettungsgerät ausstatten.
2. Am Strand soll eine „Anlagenordnung“ angebracht werden mit Piktogrammen und Hinweisen zum Verhalten in Notfällen.
3. Tonnen sollen den Schwimmbereich so markieren, dass Sportboote dort nicht hineinfahren.

Für die SPD-Fraktion ist dieses Ergebnis völlig unakzeptabel und erscheint insgesamt nicht als Beitrag zur Erhöhung der Badesicherheit an öffentlichen Stränden zu dienen. Viel Papier, ein Sturm im Wasserglas und leider viel vergeudete Lebenszeit.

In der gestrigen SVV forderte Ivonne Hofmeister, Chefin der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, von der Stadt mehr echten Willen beim Thema Wasserrettung und schilderte eindrucksvoll, mit welchem Engagement sie und ihre Mitstreiter im Ehrenamt versuchen, Leben zu retten.

Die SPD-Fraktion wird sich weiterhin für die Erhöhung der Badesicherheit an öffentlichen Stränden einsetzen und einen konkreten Antrag auf den Weg bringen. Es ist nur bedauerlich, dass das für die laufende Badesaison zu spät kommt. Die Verwaltung hätte es aber selbst in der Hand.

Heiko Horst-Müchler (Vorsitzender AG Selbst Aktiv)

Internetpräsenz „Barrierefreies Leben“ in Brandenburg an der Havel

Am 24.06.2015 wurde durch die SPD-Fraktion ein von der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv initiiertes Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Das gegenwärtige Internetangebot der Stadt Brandenburg an der Havel ist auf einen allgemeinen Nutzerkreis zugeschnitten. Gerade aber Menschen mit Behinderungen benötigen zum Erreichen ihrer Teilhabemöglichkeiten weitergehende Angebote, um sich unter anderem über die Zugänglichkeit öffentlicher Einrichtungen oder die Erreichbarkeit von Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben zu informieren. Dem dient das Anliegen, die bestehende Internetpräsentation der Stadt Brandenburg an der Havel um einen Bereich "Barrierefreies Leben in Brandenburg an der Havel" zu erweitern. Dabei geht es hauptsächlich um das Zusammenstellen bereits anderweitig erfasster und bekannter Daten, so, dass die Informationen auf einen Blick und damit unkompliziert zur Verfügung gestellt werden können. Sind etwa in anderen Einrichtungen, beispielsweise bei der Stadtmarketing und Tourismus GmbH, derartig aufbereitete Informationen vorhanden, wäre dann auch eine Verlinkung ausreichend.

Das zu erweiternde Internetangebot richtet sich zunächst an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die mobilitätseingeschränkt sind. Diesen Mitbürgern soll ermöglicht werden, sich im Vorfeld zu informieren, ob und in welcher Weise eine Einrichtung aufgesucht oder ein Angebot in Anspruch genommen werden kann oder aber ob ggf. zum Erreichen anderweitige Hilfe organisiert werden muss. Selbstverständlich ist ein derartig erweitertes Internetangebot auch in vergleichbarer Weise für Gäste unserer Stadt hilfreich.

Im Jahre 2003 wurde einstimmig in der SVV der Beschluss gefasst, der Barcelona-Erklärung beizutreten. Eine weitgehende Behindertenpolitik gab es bisher in unserer Stadt nicht wirklich. Die Verwaltung unserer Stadt und damit jeder Stadtverordnete wird sich in Zukunft mit der Umsetzung der UNBRK (UN-Behindertenrechtskonvention) befassen müssen. Jede Vorlage muss auf die Einhaltung dieser UNBRK geprüft werden. Lassen Sie es mich deutlich sagen: „Für Menschen mit Behinderung darf es keine politischen Grenzen geben!“.

Norbert Langerwisch

Einführung eines steuerlichen Querverbundes



Einen positiven Beschluss für den städtischen Haushalt stellt sicherlich die einstimmig angenommene Vorlage für die Einführung eines steuerlichen Querverbundes dar.

Bereits im Jahr 2004 wurde auf Forderung der SPD ein Gutachten erarbeitet mit dem Ziel der Einführung eines solchen steuerlichen Querverbundes, der für den Haushalt der Stadt jährlich ca. 500.000 € einbringen wird.

Ein solcher steuerlicher Querverbund erlaubt es auch kommunalen Unternehmen im Rahmen von Konzernstrukturen und Gewinnabführungs- und Beherrschungsverträgen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften steuerliche Vorteile zu nutzen. Es geht einfach gesagt darum dauerverlustbehaftete kommunale Bereiche mit Gewinnbringern zu verrechnen, um so weniger Steuern zahlen zu müssen.

Zweifellos bezahlen unsere Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH seit Jahren sehr viel Steuern während es durchaus kommunale Unternehmen, die für die Daseinsvorsorge unverzichtbar sind, gibt, die keine Gewinne machen können. Durch diesen steuerlichen Querverbund, mit dem sich letzten Endes in den Stadtwerken Brandenburg an der Havel GmbH auch die privaten Mitgesellschafter, einverstanden erklärt haben, wurde jetzt eine Lösung geschaffen, die dem städtischen Haushalt und damit uns allen nutzt.

Fraktion plant vor-Ort-Termine in den Sommerferien

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen Ihnen allen einen schönen Sommer und einige erholsame Tage. Die Stadtverordnetenversammlung geht in die Sommerpause. Wie üblich wird es in den Sommerferien keine Sitzung geben. Die nächste reguläre SVV findet im September statt.

Vor genau einem Jahr, im Juni 2014, hat sich die neu gewählte SVV konstituiert. Seither hat die SPD-Fraktion sich intensiv in die Sacharbeit des Stadtparlaments eingebracht. Mehr als 80 Anträge und Anfragen kamen aus der Fraktion. Wir haben damit die Diskussion zu vielen Themen bestimmt. In der Sommerpause tritt die Arbeit für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse etwas in den Hintergrund.

Für die SPD-Fraktion ist das natürlich kein Grund, so lange Urlaub zu machen. Im Gegenteil: Wir nutzen die sitzungsfreie Zeit um noch mehr nach außen zu wirken. Wir gehen dorthin, wo die Stadt sich verändert und wo Probleme zu lösen sind. Deshalb gibt es auch dieses Jahr wieder die „Sommertour“ der SPD-Fraktion. Die genauen Zeiten und Themen werden wir noch rechtzeitig bekannt geben.

Haben Sie Anregungen für einen vor-Ort Termin? Dann melden Sie sich doch einfach bei uns in der Geschäftsstelle per mail unter fraktion@spd-stadt-brandenburg.de oder telefonisch unter 03381/21 15 21.